

KURZ NOTIERT

von Michael Stratil

Der Autor ist Sozialwissenschaftler mit Forschungsschwerpunkt Demokratie-, Nationalismus- und Integrationsforschung sowie besonderem regionalen Interesse an Malaysia und Singapur.

Mehr Rechtssicherheit, weniger Meinungsfreiheit?

Rechtssicherheit für Bürger und Vertrauen in Singapurs Rechtssystem durch ein hartes Durchgreifen bei der Missachtung der Justiz soll ein neues Gesetz bieten, das am 15. August 2016 im singapurischen Parlament verabschiedet wurde.

Fortan soll bestraft werden, wer Singapurs Justiz durch beleidigende Kritik an Richtern oder Gerichten missachtet oder sich öffentlich auf „beeinflussende Weise“ über laufende Gerichtsverfahren äußert. Dabei ist es unerheblich, ob dies mündlich, schriftlich oder bildlich, online oder offline, im privaten Umfeld oder durch Medienvertreter geschieht. Bei Missachtung der Justiz droht – abhängig der betroffenen Gerichtsinstanz – eine Geldstrafe von bis zu 100.000

Singapur-Dollar und/oder eine Haftstrafe von bis zu drei Jahren.

Kritiker der *Administration of Justice (Protection) Bill* fürchten hingegen eine weitere Einschränkung der Meinungsfreiheit. Zwar begrüßen viele Bürgerrechtler die Idee, dass eine öffentliche Vorverurteilung mutmaßlicher Täter gesetzlich verhindert werden soll, sie kritisieren jedoch eine rechtliche Ausnahmeregelung: Denn Ausnahmen bestehen für öffentliche Äußerungen über laufende Gerichtsverfahren seitens der singapurischen Regierung, wenn diese glaubt, dass sie im öffentlichen Interesse stünden. Das impliziere für die öffentliche Meinungsbildung ein rechtliches Ungleichgewicht zwischen Vertretern der Zivilgesellschaft und der Regierung.

Darüber hinaus wird befürchtet, dass sich das neue Gesetz nicht nur gegen Beleidigungen oder Schmähkritik an der Justiz richtet, sondern gegen alle Bürger, die ihre Meinung über aktuelle Geschehnisse öffentlich teilen. Unzureichend definiert bleibt nämlich, wann der Tatbestand „Risiko der Skandalisierung“ erfüllt ist, damit von einer Beleidigung oder Missachtung der Gerichte gesprochen werden kann. Folglich wird das neue Gesetz in einer weiteren Selbstzensur münden, die Singapurs mediale Öffentlichkeit seit Jahrzehnten bestimmt.

Singapore Statutes Online, 11 July 2016.

The Straits Time, 16. August 2016

The Online Citizen 19. August 2016

Registrierung für islamische Lehrer

Ab dem 1. Januar 2017 sollen alle islamischen Lehrer dazu verpflichtet werden, sich in Singapurs Islamischen Religionsverwaltung *Majlis Ugama Islam Singapura* (MUIS) registrieren zu lassen und ihre religiöse Ausbildung zu erfassen. Ziel einer Registrierung ist es, eine engere staatliche Kontrolle über Wertvorstellungen der islamischen Lehre zu erlangen.

Seit 2005 besteht bereits ein freiwilliges Registrierungsprogramm der MUIS, bei dem rund 80 Prozent der islamischen Lehrer Singapurs teilnehmen. Lehrern, die sich bislang nicht registriert haben, soll eine einjährige Übergangsfrist eingeräumt werden, um notwendige Zertifikate ihrer Aus-

bildung zusammenzutragen und erfassen zu lassen.

Die Registrierungspflicht ist das Verhandlungsergebnis zwischen Vertretern islamischer Institutionen sowie dem Minister für Kommunikation und Informationen Yaacob und Umweltminister Masagos Zulkifli. Den Verhandlungen waren Veröffentlichungen über die Festnahme radikalisiert singapurischer Muslime vorausgegangen, die versucht haben sollen, sich IS-Kämpfern in Syrien anzuschließen. Seit 2015 konnte die Ausreise von acht mutmaßlichen Islamisten nach Syrien verhindert, gleichzeitig die Einreise islamischer Hassprediger nach Singapur verwehrt werden.

Premierminister Lee Hsien Loong begrüßte die Initiative zur Registrierung als einen wichtigen Schritt, um ideologische Standards zu setzen. Alle religiösen Lehrer in Singapur müssten verstehen, dass im säkularen, aber multireligiösen Stadtstaat der Islam in Harmonie mit anderen ethnischen Gruppen und Religionen praktiziert werde. Der Staat müsse weiterhin aktiv bleiben, unabhängig der einzelnen Religion, um die interreligiöse Harmonie zu wahren und praktische Kompromisse zu institutionalisieren.

The Straits Times, 22 August 2016

The Jakarta Post 21. August 2016

Asian Correspondent 22. August 2016